

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Am Freitag den 23. April 1910. Der sächsische Erzähler, Nr. 15. Preis 10 Pf. (Postgebühren 1 Pf.)

Veranstaltungen Nr. 23.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Verantwortlicher Herausgeber.

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorn 10 Uhr angenommen, größer und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 Pf., die Reklamazeile 30 Pf. Geringster Insertatenbetrag 40 Pf. Für Rückzahlung eingehender Manuskripte usw. keine Gewähr.

Roh- und Viehmarkt in Neustadt in Sachsen, am 30. April 1910.

Die heutige Nummer umfaßt 20 Seiten und außerdem eine 4seitige Beilage.

Das Neueste vom Tage.

Die drei Militärluftschiffe „B. 2“, „B. 2“ und „M. 1“ haben Freitag vormittag 10 1/2 Uhr von Köln die Fahrt nach Gomburg u. d. S. angetreten. Die Fahrt verlief glatt. Die Landung in Gomburg erfolgte am 4 Uhr nachmittags. (Siehe Sonderartikel.)

Im Berliner Baugewerbe ist ein Tarif auf drei Jahre abgeschlossen worden. Im Lohngebiet Berlin sind etwa 35 000 Bauarbeiter beschäftigt, die nach dem Verbandsbeschluss täglich einen Streikbeitrag von 1 Mark leisten. (Siehe Deutsches Reich.)

Am gestrigen Freitag sind in Berlin bei Wohnungsbränden zwei Kinder verbrannt und eine Anzahl Personen verletzt worden. (Siehe Sonderartikel.)

Im Reichstag wurde am Freitag die Interpellation zum Wülheimer Eisenbahnunglück besprochen. (Siehe Reichstagsbericht.)

In einer Kohlenmine bei Amsterdam (Ohio) sind durch eine Explosion 18 Arbeiter getötet worden; 6 Leichen sind bereits geborgen.

In der chinesischen Provinz Suanan sind neue gegen die Fremden gerichtete Unruhen ausgebrochen.

Die Aussperrung im deutschen Baugewerbe.

Der Bezirksarbeiterverband für das Baugewerbe zu Dresden schreibt uns: „Der aus 51 Verbänden mit fast 900 Unterverbänden und 1 600 000 beschäftigten Arbeitern bestehende Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände Berlin hat in seiner Ausschüttung vom 19. April, welche aus allen Teilen Deutschlands und durch Vertreter fast aller Industrien und Gewerbe zahlreich besucht war, zur Unterstützung des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Mitgliedsverbände sind anzuweisen, mit aller Sorgfalt darauf zu achten, daß keine Bauarbeiter eingestellt werden. Die Entlassungsscheine sollen bis Anfang April verlangt werden, um festzustellen, ob die sich meldenden Arbeiter sich nicht inzwischen einen Abhehrschein von nicht baugewerblichen Betrieben durch eine vorübergehende Beschäftigung dorthin beschafft haben.

2. Die Mitglieder sind dringend zu ersuchen, den Bauunternehmern Auskunft zu gewähren und die Fertigstellung der Bauten um diejenige Zeit zu verlängern, welche der Kampf im Baugewerbe dauert.

3. Die Mitgliedsfirmen, die Bauarbeiten in eigener Regie ausführen, sollen die Arbeit nach Möglichkeit gänzlich einstellen oder nur dann zur Ausführung bringen, wenn es sich um dringend notwendige Reparaturarbeiten handelt.

4. Zur materiellen Unterstützung der baugewerblichen Orts- und Bezirksverbände wird beschlossen, einen Unterstützungsfonds zu schaffen. Der Ausschuss beschließt, die Mitgliedsfirmen unter Mitwirkung der betreffenden Bezirks- und Ortsverbände dringend zu bitten, zu diesem Fonds 1,00 pro 100 der 1909 gezahlten Jahreslohnsumme beizusteuern.

Zahlungen sollen gerichtet werden an die zuständigen Bezirks- und Ortsverbände, welche die eingehenden Gelder unverzüglich an die Deutsche Bank, Postkonten C., Berlin W. 9, Potsdamerstraße 184a, unter dem Konto: „Unterstützungsfonds für das Baugewerbe“ weiterzuleiten haben.

5. Es soll an alle außerhalb der beiden Arbeitgeber-Zentral-Organisationen stehenden Industrie- und Arbeitgeber-Verbände ebenfalls ein Aufruf gerichtet werden, das Baugewerbe in seinem Kampfe in der unter 1 und 3 genannten Weise im allgemeinen Arbeitgeberinteresse zu unterstützen und auch gleichermaßen sich an der finanziellen Hilfsaktion zu beteiligen.

Gleichzeitig wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Der heute in Berlin tagende Ausschuss des Vereins Deutscher Arbeitgeber-Verbände spricht seine Befriedigung darüber aus, daß dem Aussperrungsbeschluss im deutschen Baugewerbe mit wenigen Ausnahmen Folge geleistet worden ist. Um so mehr bedauert er, daß einzelne Verbände sich noch nicht dazu haben entschließen können, Schulter an Schulter mit den übrigen baugewerblichen Verbänden zu kämpfen. Der Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände spricht die Erwartung aus, daß diejenigen Orte, welche bisher mit der Aussperrung noch zurückgehalten haben, unverzüglich und rückhaltlos sich auf die Seite der kämpfenden Kollegen stellen und daß alle an dem Kampf im Baugewerbe beteiligten Arbeitgeber nicht müde werden, den Kampf so lange durchzuführen, bis er zu einem vollen Siege der Arbeiter geführt hat.

Soweit die Berichte über den Umfang der Arbeitseinstellung im Deutschen Baugewerbe eingehen, ist festzustellen, daß die Ausdehnung eine immer größere wird. Was insbesondere den Bezirks-Arbeitgeber-Verband im Königreich Sachsen betrifft, so ist die Aussperrung bis auf einzelne, meist kleine Betriebe, eine geschlossene und täglich mehrt sich die Zahl der Arbeitseinstellungen. Es ist selbstverständlich, daß auf einigen Bauten noch gearbeitet wird, namentlich sind es Spekulationsbauten, bei denen Baugeldverträge vorliegen und diese deshalb nicht sofort stillgelegt werden können. Durch die immer mehr um sich greifende Materialsperrung werden aber auch diese in aller nächster Zeit zum Stillstand kommen. Ein Teil der Bauten, auf denen gearbeitet wird, wird von nichtorganisierten Volieren, Lehrlingen usw. ausgeführt. Auch seitens der Industrie wird dem

Arbeitgeber-Verband Unterstützung in jeder möglichen Form zuteil. Obwohl die Arbeitgeber-Verbände über reichliche Mittel verfügen und den Kampf ohne fremde Hilfe ein halbes Jahr mit ansehen können, sind ihnen jedoch von interessierter Seite Unterstützungen in jeder Höhe zugesagt worden.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und König Eduard. Englische Blätter melden, daß im August dieses Jahres eine Zusammenkunft zwischen dem deutschen Kaiser und dem König Eduard erfolgen werde, und zwar bei Gelegenheit der Durchfahrt des Letzteren auf seiner Reise zum Kurgebrauch nach Marienbad. Der Ort der Begegnung werde wahrscheinlich Kronberg sein.

Die Streitigkeiten im Berliner Baugewerbe beigelegt. Nachdem die drei Zentralverbände der Maurer-, Zimmerer und baugewerblichen Hilfsarbeiter, sowie der christliche Bauarbeiterverband sich bereits mit dem Schiedspruch des Berliner Gewerbegerichts einverstanden erklärt hatten, hat heute auch die Generalversammlung des Verbands der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend dem Schiedspruch gleichfalls zugestimmt. Damit ist der Friede im Berliner Lohngebiet auf drei Jahre und zwar bis zum 1. April 1913 gesichert. Im Lohngebiet Berlin sind etwa 35 000 Bauarbeiter beschäftigt, die nach dem Verbandsbeschluss täglich einen Streikbeitrag von je einer Mark leisten.

Der preussischen Wahlrechtsreform erwachsen durch die Beschlüsse der Herrenhaus-Kommission so große Schwierigkeiten, daß die Vorlage doch ernstlich bedroht erscheint. Die zweite Kommissionslesung am vergangenen Donnerstag wurde durch eine längere Erklärung des Ministers des Innern von Moltke zu den bisherigen Kommissions-Beschlüssen eingeleitet. Die Subkommission hat in der Frage der Privilegierung der Kulturträger laut „Köln. Ztg.“ im wesentlichen die Bestimmungen der Regierungsvorlage wieder hergestellt. Die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat die vom Herrenhaus beschlossene Bildung von Drittelwahl-Bezirken von nur rund 3400 bis 5200 Einwohner für völlig unzureichend erklärt. Es ist der Partei daher nicht möglich, an ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber dem Gesetzentwurf etwas zu ändern. Daß sich die Nationalliberalen durch die Herrenhaus-Beschlüsse über die Drittelwahl in ihrer ablehnenden Haltung noch bestärkt sehen, bedarf keiner Versicherung. Entgegen der bisherigen Absicht, soll sich die zweite Plenarlesung des Herrenhauses nicht unmittelbar an die Kommissionsberatung anschließen, sondern erst am 28. d. M. begonnen werden. Dieser Ausschub beweist, daß die Hoffnung, doch noch etwas zustande zu bringen, noch nicht aufgegeben ist.

Die Verhandlungen des Reichskolonialamts mit dem zurzeit in Berlin weilenden Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika Herrn von Schudmann haben die Bedenken des Herrn von Schudmann gegen eine weitere erspriechliche Tätigkeit in der